

Monatsbrief Oktober/November 2018

Liebe Genossinnen und Genossen,

es war keine Überraschung, dass die Landtagswahlen in Bayern und Hessen gezeigt haben, dass der Union und der SPD die Wähler abhanden kommen. Dass diese sich zum großen Teil den Grünen und der AfD zugewandt haben, auch das war zu erwarten. Wir sollten natürlich nicht verschweigen oder klein reden, dass unsere Genossinnen und Genossen in Hessen, weniger als erhofft, jedoch deutliche Gewinne verzeichnen konnten und nun mit neun statt sechs Abgeordneten im Landtag vertreten sein werden. Der (un-?)aufhaltsame Aufstieg der Grünen macht deutlich, auf welchem Politikfeld unsere Partei Defizite in der Vermittlung aufweist. Wir werden nicht als Partei wahrgenommen, die überzeugende Vorschläge für den ökologischen Umbau hat. Bei der Kommunizierung unserer umweltpolitischen Ziele dürfen wir nicht unterschlagen, dass das Erreichen dieser Ziele auf große Widerstände treffen wird, solange allein die Profitmaximierung den gesellschaftlichen und politischen Diskurs bestimmt. Smarter PR-Arbeit der Grünen ist es zu verdanken, dass sie als Umweltpartei wahrgenommen wird. Ihre Bilanz ist allerdings ernüchternd (Dosenpfand!).

Der November ist reich an Tagen des Gedenkens und der Erinnerung und ein Jubelmonat für die Geschichtsklitterer und Märchenerzähler. Das Ausmaß von Heuchelei beim Gedenken an die Gewalttaten gegen die jüdische Bevölkerung am 9. November 1938 ist ungeheuerlich. Kein Wort davon, dass die christlichen Kirchen geschwiegen haben. Bereits vor 1938 gab es den Arierparagraphen in der evangelischen Kirche und man befasste sich mit der „Entjudung von Kirche und Theologie im kirchlichen Entjudungsinstitut Eisenach“ (nach Prolingheuer: Kleine politische Kirchengeschichte, Köln, 1984). An keiner Stelle gab es im Zusammenhang mit dem Gedenken an das November-Pogrom einen Hinweis darauf, dass es die in tiefster Illegalität arbeitende KPD war, die sich unverzüglich mit einer Erklärung und Flugblättern, die in großer Zahl verbreitet wurden, gegen diese Barbarei wandte.

Es bleibt Konsens, dass wir aufgrund unserer Geschichte nach wie vor eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen jüdischen Glaubens haben. (Diese Verantwortung haben wir aber auch gegenüber den Völkern Russlands, die 27 Millionen Tote, davon über 10 Millionen Zivilisten, im 2. Weltkrieg zu beklagen hatten. **Das dürfen wir nicht vergessen!**) Es ist ein Skandal, dass der Protest, dass der Widerstand gegen die militärische und rassistische Apartheitspolitik des Staates Israel unter „Antisemitismus“ subsumiert wird.

Die Ereignisse des November 1918 werden, wen wundert`s?, nach Belieben zurechtgebogen. Zunächst wollen wir festhalten, dass die wichtigste Errungenschaft der unvollendeten deutschen Revolution die Beendigung des imperialistischen Krieges ist, den revolutionäre Matrosen erkämpft haben! Die bürgerliche parlamentarische Demokratie war das Ergebnis eines Deals der besitzenden Klasse mit der SPD. Das Kapital und die Junker reagierten auf die Herausforderung durch die massenhafte politische Mobilisierung und Aktivität der Bevölkerungsmehrheit. Der Deal bestand darin, den Mehrheitssozialdemokraten freie Hand zu lassen unter der Voraussetzung, dass die Pfründe der Großagrarien, des Großkapitals und der Banken nicht angetastet werden. Dazu musste natürlich die revolutionäre Bewegung blutig niedergeschlagen werden (Bluthund Noske!). Die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik war letztlich ein Klasseninstrument. Für die Arbeiterklasse blieb das allgemeine Versprechen ihrer Repräsentation im Parlament. Die KPD (zunächst USPD) hat diesen Schwindel erkannt. Das Ende von Weimar ist bekannt. In den Novemberwahlen 1932 erhielten SPD und KPD zusammen 37,3%, die NSDAP 33,1% der Wählerstimmen. Durch die Uneinigkeit der Arbeiterklasse begünstigt, wurde Hitler im Januar 1933

zum Reichskanzler ernannt und zwar in voller Übereinstimmung mit der Weimarer Verfassung. Von „Machtergreifung“ kann keine Rede sein. Was sagt uns das über die Rolle des Parlaments unter kapitalistischen Bedingungen?

Um Dinge im Kopf wieder zurechtzurücken, hilft bisweilen ein Buch. In diesem Fall sind es gleich vier. Alfred Döblin hat mit „November 1918“ ein Jahrhundertwerk geschaffen, das vier Bände umfasst. Wer vor dem Umfang von 2500 Seiten zurückschreckt, dem sei empfohlen, sich antiquarische den 4. Band, „Karl und Rosa“, zu besorgen (auch als Band 3 der Ausgabe im Verlag Karl Alber, Freiburg, 1950 vorgelegt). Bertold Brecht äußerte sich zu diesem Werk wie folgt: „Döblins großes episches Werk über die Revolution von 1918 stellt einen Triumph des neuen Typs eingreifender Dichtung dar, ein politisches und ästhetisches Unikum in der deutsche Literatur und ein Nachschlagewerk für alle Schreibenden.“

In sechs Monaten werden die Abgeordneten für das Europäische Parlament gewählt und in drei Monaten wird in Bonn unser Europaparteitag stattfinden. Der desolate Zustand der Fraktion, der unsere Genossinnen und Genossen angehören, der „GUE/NGL“ (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grünen Linken), lässt nichts Fortschrittliches erwarten, haben doch einzelne Mitglieder Atomkraft, Grenzschießungen, Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und Russland und sogar Kriegseinsätze befürwortet. Man braucht kein Prophet zu sein um vorherzusagen, dass auf unserem Parteitag die Aussprache über eine fortschrittliche Europapolitik und die Rolle der in prinzipiellen und nationalen Gegensätzen tief gespaltenen europäischen Linken (EL) überlagert werden wird von dem Schlagabtausch zwischen dem Pro- und Anti-#aufstehen-Lager. Zur Zeit sieht es so aus, dass eine Reihe von Genossinnen und Genossen aus beiden Lagern bemüht sind, die Sollbruchstelle zu finden, die unsere Partei auseinanderbrechen lässt. Und dies angesichts drohender Kriegsgefahr, Aufrüstung und Sozialabbau! Es gilt doch, den Kampf um den Erhalt der verbliebenen Reste bürgerlicher Demokratie zu stärken. Dieser Kampf kann Fortschritte bringen und wird an die Grenzen des Systems stoßen. Das ist dialektische Verbindung zwischen tagespolitischem Kampf und Antikapitalismus und Antiimperialismus.

Die Haltung der KPF zur Notwendigkeit einer linken Sammlungsbewegung ist wiederholt kommuniziert worden. Unsere Kritik an einer ganzen Reihe von programmatischen Aussagen von #aufstehen ist bekannt. Wir werden uns jedoch allen Versuchen entgegenstellen, die darauf zielen, in unserer Partei eine Entscheidung über pro und contra Sammlungsbewegung herbeizuführen. Das wäre Wasser auf die Mühlen der politischen Gegner aller Linken! Bereits zum jetzigen Zeitpunkt beobachten wir, dass die forcierte Polarisierung Spaltungstendenzen bedient. Und all denen, die mit Seehofer der Meinung sind, dass Migrations- und Asylpolitik „die Mutter aller Probleme“ ist, sei empfohlen, sich einmal das Programm der PDS anzuschauen. Dort steht in der Fassung vom Juli 2005 auf Seite 24, 3. Absatz: „Für Menschen in Not müssen die Grenzen Deutschlands und der Europäischen Union offen sein.“ Lassen wir es doch einfach so stehen!

In Göttingen ist ein Student als Mitarbeiter des Landesamtes für „Verfassungsschutz“ enttarnt worden. Er bespitzelte eine linke Studentengruppe. Das ist eigentlich gar nicht so überraschend, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes müssen ja beschäftigt werden...

Müssen sie das wirklich? Der Fall Maaßen hat zum Schluss noch einmal Fahrt aufgenommen, hat dieser doch in den Reihen der SPD „linksextreme Elemente“ (schön wär`s!) entdeckt, die eine Verschwörung gegen ihn angezettelt hätten, der er zum Opfer gefallen wäre. Die Verwirrtheit eines Menschen kann nicht größer sein! Nicht nur der Fisch stinkt vom Kopf...

Wir bleiben bei unserer Forderung: Auflösung des Inlandsgeheimdienstes – sofort!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir möchten dafür werben, sich der KPF anzuschließen. Eine Zugehörigkeitserklärung könnt ihr bei uns anfordern. Wenn ihr euch zunächst informieren wollt, empfehlen wir euch den Bezug unserer *Mitteilungen*, die inzwischen im 27. Jahr monatlich

erscheinen. Gerne schicken wir euch auch Probeexemplare, aktuelle oder auch solche aus den vergangenen Jahren. Info an uns genügt.

Die Vorbereitungen für die L-L-Ehrung und die Demo am 13. Januar 2019 sind fast abgeschlossen. Infos hierzu findet ihr unter **ll-demo.de**.

Bei entsprechendem Bedarf könnte ein Bus mit Startpunkt Wilhelmshaven für das nördliche Niedersachsen organisiert werden. Wir hoffen auf eine breite Mobilisierung.

Lenin hat sinngemäß einmal gesagt, dass kein Argument so überzeugend ist wie die soziale Erfahrung. Das sollten wir berücksichtigen, wenn versucht wird, uns für die eine oder andere Seite im #aufstehen- Disput zu vereinnahmen.

Wir sind besorgt, aber nicht ohne Zuversicht und grüßen euch herzlich und solidarisch

Ulrich Vanek und Christine Melcher